



Juli 2008

## Vietnam - die „Erneuerungspolitik“ in ihrer bisher größten Belastungsprobe

Jörg Bergstermann, FES Hanoi und  
Axel Neubert, CIM-Experte und Berater des Central Institute for Economic Management, Hanoi

- Innerhalb kurzer Zeit korrigierten mehrere internationale Rating-Agenturen die Zukunftsaussichten Vietnams trotz solider wirtschaftlicher Basisdaten und eines weiterhin stabilen politischen Systems nach unten. Plötzlich wird darüber spekuliert, inwieweit sich in diesem südostasiatischen Land von der Größe und Bevölkerungszahl Deutschlands gar eine neue Asienkrise abzeichnet.
- Dabei wurde Vietnam noch vor einem Jahr als kleiner asiatischer Tiger auf dem Sprung gefeiert. Exporterlöse, Auslandsinvestitionen und Börsenkurse erreichten historische Höchststände.
- Die Situation ist vielschichtig und komplex, in wirtschaftlicher wie gesellschaftspolitischer Hinsicht. Dem Transformationsland Vietnam stellen sich die derzeitigen Herausforderungen in dieser Form und Kombination zum ersten Mal.
- Im Unterschied zu manchem „westlichen Vorurteil“ unterliegen aber auch im sozialistischen Vietnam schwierige und richtungsweisende Entscheidungen einem komplexen politischen Prozess, der nicht beliebig zu verkürzen ist.

Die sozialistische Republik Vietnam, das „Wirtschaftswunderland“, vollzieht gerade den Schritt in eine neue Phase seines wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umbaus. Nach einer Periode der wirtschaftlichen Öffnung und schnellen Weltmarktintegration, der Deregulierung und Liberalisierung ist Vietnam nun angekommen in der Phase der internen Erneuerung – der Institutionenbildung, der Verwaltungsreform sowie des Umbaus von Finanzaufsicht und Rechtsvorschriften. Parallel dazu differenziert sich auch die Gesellschaft weiter aus: zahlreiche junge Leute vom Lande konnten in den vergangenen Jahren erstmals in den formalen Arbeitsmarkt integriert werden. Eine städtische Mittelklasse begann zu entstehen im festen Glauben an Aufschwung und schnellen Wohlstand. Der Mythos vom baldigen Reichtum durch harte Arbeit, aber auch durch Spekulation an der Börse oder am Immobilienmarkt, ist weit verbreitet und eine

wachsende Anzahl von Reichen können inzwischen ganz selbstverständlich Luxuskarossen spazieren fahren, deren Besitz sie vor noch gar nicht allzu langer Zeit gesellschaftlich stigmatisiert hätte.

Unglücklicherweise für Vietnam finden diese Prozesse zeitgleich statt mit einem weltweiten Inflationsschub, insbesondere hervorgerufen durch Preissteigerungen bei Nahrungsmitteln und Ölprodukten. Zudem hat die internationale Finanzkrise den Blick für die Anfälligkeiten von Banken und von Spekulationsblasen geschärft. Es wäre allerdings zu einfach und zu kurz gegriffen, Vietnams derzeitige Sorgen und Nöte vorrangig auf diese internationalen Krisenfaktoren zu schieben. Denn Vietnam ist sowohl Nettoexporteur von Öl als auch von Lebensmitteln und weit weniger integriert in die globale Finanzwelt als viele andere Länder der Region.

Vietnams wirtschaftliche Basisdaten sind weiterhin gut. Für dieses und das nächste Jahr wird ein Wirtschaftswachstum von je mindestens 7% erwartet. Allerdings sind auch die Risiken für dieses Wachstum gestiegen.

Vietnam hat zur Zeit hohe Auslandsinvestitionen, ein hohes Handelsbilanzdefizit, ein schwaches Finanzsystem, eine an den US-Dollar gekoppelte Währung sowie geringe Devisenreserven der Zentralbank. Internationale Beobachter kritisieren diese Situation als „klassisches Asienkrisenszenario“.

Es gibt keinen Zweifel, dass es in Vietnam genügend gut ausgebildete Experten gibt, die die wirtschaftliche und soziale Brisanz erkennen. Inwieweit diese Experten in einem „geschlossenen“ politischen System Mitwirkungsmöglichkeiten haben und wie schnell Lösungsstrategien entwickelt werden können, bleibt jedoch unklar.

### **Die Auslandsinvestitionsfalle**

Wie viele andere Länder hat Vietnam in der Vergangenheit große Anstrengungen unternommen, ausländisches Kapital anzuziehen. Es war jedoch weitgehend unvorbereitet als das Kapital dann auch tatsächlich in großen Mengen im Lande ankam. Allein 2007 flossen über 20 Mrd. USD, hauptsächlich ausländische Direktinvestitionen, Überweisungen von Auslandsvietnamesen und Portfolioinvestitionen, nach Vietnam. Das entspricht ca. 30% des Bruttoinlandsproduktes und ist damit Hauptauslöser für ein starkes Wachstums der Geldmenge.

Die Konsequenzen aus dieser Geldmengenentwicklung sind vielfältig. Am vordergründigsten bewirkt sie einen starken Anstieg der Inflation, die mit offiziellen 25% zu den höchsten in Asien zählt. Der scheinbare Überfluss an Geld hatte jedoch auch Konsequenzen auf das Investitionsverhalten. Aus Mangel an langfristigen Investitionsmöglichkeiten wurde viel Liquidität kurzfristig investiert, oft in den boomenden Immobilienmarkt. So sind die Preise für Grundstücke regelrecht explodiert, Verdoppelungen oder Verdreifachungen innerhalb kürzester Zeit waren keine Seltenheit.

Ganz im Gegensatz zu ihren asiatischen Nachbarn scheint die vietnamesische Bevölkerung

lieber zu konsumieren als zu sparen. Dies erscheint angesichts des im Vergleich zur Inflation niedrigen Zinsniveaus verständlich und muss allein nicht schlecht für eine Volkswirtschaft sein. Dennoch fehlt durch die geringe Sparquote eine wichtige Refinanzierungsquelle. Dies macht die wirtschaftliche Entwicklung Vietnams stark von Auslandsinvestitionen abhängig. Zusammen mit einem hohen Handelsbilanzdefizit aber ist das gefährlich. Auslandsinvestitionen lassen sich bekanntlich nicht vom Staat lenken. Bei einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sind ausländische Investitionen oft die ersten, die ausbleiben. Dies würde Vietnam in der aktuellen Situation hart treffen und die momentanen Schwierigkeiten nochmals verstärken. Es sind nicht zuletzt die internationalen Rating-Agenturen, deren Votum hier den Ausschlag geben könnte – Akteure, die dem politischen Diskurs Vietnams noch vergleichsweise unbekannt sind.

### **Die Handelsbilanzfalle**

Mit einer jährlichen Steigerung der Exporte von über 20% seit 1990 ist Vietnams wirtschaftlicher Erfolg eng mit seiner exportorientierten Wirtschaftsstrategie verbunden. Für die meisten war damit klar, dass sich das Handelsbilanzdefizit über die Jahre automatisch verringern würde. Anfang dieses Jahres aber wurde überraschend sichtbar, dass niedrige Zölle und der Abbau von Handelshemmnissen in beide Richtungen funktionieren. Mit dem WTO-Beitritt im Januar 2007 mussten viele Einfuhrzölle stark reduziert werden. Seitdem steigen die Importe noch stärker als die Exporte und tragen damit wesentlich zu einem immer größer werdenden Handelsbilanzdefizit bei.

Vietnams hohes Handelsbilanzdefizit wird zur Zeit hauptsächlich durch die weiterhin hohen Zuflüsse von ausländischem Kapital finanziert. Als Hauptmaßnahme hat die vietnamesische Regierung angekündigt, die Einfuhrzölle zu erhöhen. Aufgrund der internationalen WTO Verpflichtungen können diese jedoch nicht beliebig erhöht werden. Allenfalls für einige Konsum- und Luxusgüter bestehen noch Spielräume, die jedoch nicht reichen werden, den Trend umzukehren. Exportförderungsmaßnahmen sind angekündigt, greifen aber nur langfristig. So wird auch eine Abwertung des vietnamesischen Dongs nicht mehr ausge-

geschlossen. Da Vietnams Wirtschaftssystem jedoch auf eine an den US Dollar gekoppelte Währung aufgebaut ist und auf deren Stabilität vertraut, hätte eine Abwertung eine Symbolkraft, deren Folgen kaum abzuschätzen sind.

### **Die Privatisierungsfalle**

Nach wie vor ist der staatliche Anteil an Vietnams Wirtschaftsleistung hoch. Ungefähr die Hälfte des Bruttosozialprodukts wird von staatlichen Unternehmen erwirtschaftet. Im Bankenbereich dominieren die vier staatlichen Großbanken sogar mehr als 80% des Marktes. Kredite an Staatsunternehmen oder Großprojekte werden syndikatsähnlich, oft durch politisch motivierte Anweisungen, vergeben. Obwohl viele dieser Unternehmen nicht rentabel sind, gab es bisher dennoch keine Konkurse. Vielmehr hat dieses Vergabesystem dazu geführt, dass auch marode Staatsunternehmen immer neue Kredite erhielten. Nach Schätzungen des Weltwährungsfonds beträgt der Anteil an „faulen“, nicht mehr rückzahlbaren Krediten mittlerweile ein Drittel des Bruttosozialproduktes. Als „vietnamesischer“ Weg der Konsolidierung angeschlagener Staatsbetriebe galt bislang deren Privatisierung. Hierbei erzielt der Staat Einnahmen und ist gleichzeitig seine Schulden los. Es zeigte sich jedoch inzwischen, dass selbst in Boomzeiten kaum ein Privatinvestor in diese Unternehmen investieren wollte. Viele Staatsunternehmen haben sich deshalb bei der ersten Privatisierungsphase einfach gegenseitig gekauft. Das expansive Kreditvergabesystem der Banken hat dies unterstützt und trägt heute zur Verstärkung der Krise bei.

Aber auch um die gesünderen, rentablen Staatsunternehmen muss sich die politische Führung sorgen. Durch die bevorzugte Kreditvergabe sind viele Staatsunternehmen stark gewachsen, oft durch Investitionen außerhalb ihres eigentlichen Kerngeschäfts. Legende ist inzwischen der staatliche Schiffsbauer, der im letzten Jahr alle drei Tage ein neues Unternehmen gegründet haben soll und inzwischen in Hotels, Autohandel und Banken Interessen hat. So haben sich große Konglomerate gebildet, deren Produktpalette oft eher einem Gemischtwarenladen als einem modernen, aufs Kerngeschäft fokussierten Unternehmen gleicht. Gleichzeitig verfügen sie jedoch über eine große wirtschaftliche und finanzielle

Macht. Einige politische Beobachter sprechen bereits von einer grundlegend veränderten „politischen Ökonomie“ des Landes und meinen damit vor allem, dass die Staatsbetriebe zu mächtig werden und politisch womöglich gar nicht mehr zu regulieren seien.

### **Die Middle-Income-Falle**

Vietnam hat in den letzten Jahren erstaunliche Kraftanstrengungen geleistet und eine Vielzahl zum Teil grundlegender Reformen in nahezu allen Politikbereichen angestoßen. Es ist für den Außenstehenden immer einfach, darauf hinzuweisen, dass diese Reformen „langsamer als nötig“ vonstatten gingen. Fakt ist jedoch, dass der Auf- und Umbau jener Institutionen, die eine funktionierende Marktwirtschaft brauchen, erst begonnen hat. Diese marktwirtschaftlichen Institutionen, z. B. eine unabhängige Zentralbank, braucht es aber, um mit den Risiken, denen sich Vietnam aufgrund seiner rasanten Öffnung für internationale Waren- und Kapitalströme ausgesetzt hat, umzugehen. Plakativ ausgedrückt funktionieren die neuen Institutionen meist noch nicht, während viele der alten Institutionen immer noch existent sind und nach eigener Logik, z. T. geschwächt, fortwirken. Derzeit schmerzen insbesondere die Schwäche bzw. das Fehlen von wirksamen Regeln gegen Konkursverschleppung, zum internationalen Kapitalverkehr und zur Bankenaufsicht. Auch mangelt es an einem zentralen wirtschaftlichen Prognosemodell und einer hierfür zuständigen, hinreichend ausgestatteten Institution, wie sie für eine abgestimmte Strategieentwicklung nötig wären. Stattdessen leiden gerade diese Fachbereiche unter einem grundsätzlichen Mangel an Fachkräften und sind zusätzlich sogar von Abwanderungen in den weitaus besser zahlenden, boomenden privaten Finanzsektor bedroht.

So sehr der Übergang zu einem „Middle Income Land“ generell ein wichtiger Entwicklungsschritt ist, stellt diese Entwicklung zudem aber auch ein Finanzierungsrisiko für Vietnam dar. Bisher sind Vietnams Auslandsverbindlichkeiten überwiegend Entwicklungskredite, die mit geringen Zinsen oder zinslos vergeben wurden. Als ehemaliger Musterkandidat der internationalen Staatengemeinschaft hat Vietnam von diesen Krediten auch in hohem Umfang profitiert. Mit dem Verlust des Status eines „Low-Income-Landes“ werden internati-

onale Geber wie die Weltbank für eine Verlängerung dieser Kredite zukünftig jedoch auf höheren Zinsen bestehen müssen.

### **Die Verarmungsfälle**

Vietnams wirtschaftlicher Höhenflug hat bislang auch deshalb international starke Beachtung und Anerkennung gefunden, weil der Aufschwung mit einer beispiellosen Reduzierung der Armut einher ging. Seit 1993 sank der Armutsindex von 58% auf aktuell unter 18% der Gesamtbevölkerung. Diese Erfolge wurden hauptsächlich dadurch erzielt, dass arme Bevölkerungsgruppen in das Wirtschaftsleben integriert wurden und somit vom wirtschaftlichen Aufschwung des Landes profitierten. Jedes Jahr konnten, insbesondere durch den Privatsektor, 1 bis 1,5 Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Obwohl diese in aller Regel im Niedriglohnssektor angesiedelt sind, war der Zuverdienst zum Familieneinkommen doch allorten spürbar. Durch eine Inflation von derzeit offiziell 25% und stark gestiegenen Nahrungsmittelpreisen, die sich vereinzelt sogar verdoppelt haben, könnten diese beispiellosen Erfolge nun mit großer Geschwindigkeit wieder zunichte gemacht werden. Selbst wenn – wie die Weltbank argumentiert – die Nettoerzeuger von Nahrungsmitteln von diesen Preissteigerungen letztlich tatsächlich sogar profitieren sollten, so sieht die Gesamtbilanz deutlich negativer aus.

Erstmals seit Beginn der wirtschaftlichen Reformen Mitte der 80er Jahre profitieren nicht mehr alle Gruppen vom wirtschaftlichen Aufschwung. Und auch die sozialen Risiken der derzeitigen Entwicklungen verteilen sich ungleich. Erstmals fürchten breite Bevölkerungskreise den sozialen Abstieg und werden u. U. größere Gruppen tatsächlich von spürbaren Wohlstandsverlusten betroffen. Welche sozialen Spannungen daraus erwachsen, bleibt bislang unklar. Aber der soziale Druck nimmt zu, wie die wachsende Anzahl der wilden Streiks in vietnamesischen Unternehmen zeigt, die in diesem Jahr ein neues Rekordhoch erreicht haben. Zunehmend richten diese sich zudem auf eine Erhöhung der Löhne und Gehälter und weniger, wie in der Vergangenheit, gegen schlechte Arbeitsbedingungen oder Zahlungsver säumnisse der Arbeitgeber. Zudem trifft die aktuelle Entwicklung große Teile des gerade entstehenden Mittelstandes, die ausgehend von einer positiven Zukunftserwartung in den

boomenden Aktien und Immobilienmarkt investiert hatten. Diese Träume sind jetzt geplatzt.

Ein soziales Sicherungssystem, das die entstehenden sozialen Probleme auffangen oder abfedern kann, existiert nur unzureichend. So gibt es zwar im Prinzip eine allgemeine freie ärztliche Versorgung. Aber in Südostasien muss man lange suchen, um ein Land zu finden, in dem auf die Kranken ähnlich hohe Selbstkosten zukommen, wenn sie sich auch tatsächlich behandeln lassen müssen.

Es ist naheliegend, dass in einem sozialistischen Land, das von einer kommunistischen Einheitspartei regiert wird, derartige soziale Entwicklungen mit besonders großer Aufmerksamkeit betrachtet werden. Ebenfalls ist nachvollziehbar, dass eine Mehrheit der Bevölkerung eine Lösung der Krise von der Regierung erwartet, die sich in der Vergangenheit auch stets als machtvollkommen dargestellt und so eine gewisse Erwartungshaltung selbst erzeugt hat. Eine derzeit gern diskutierte Frage ist nun, ob unter diesen Bedingungen eines erhöhten sozialen Drucks eher „die Konservativen“ oder „die Reformer“ die weiteren Geschicke des Landes bestimmen werden.

### **Die Selbstreferenzfalle**

Wie Vietnams politisches System wirklich funktioniert ist insbesondere für Außenstehende nicht so ohne weiteres durchschaubar. Zwei Sachverhalte aber dürfen festgehalten werden:

Erstens handelt es sich auf jeden Fall um ein nach Außen hin recht wirkungsvoll „geschlossenes System“, dessen einzelne Teile ebenfalls noch verhältnismäßig stark gegeneinander abgeschottet operieren. Der Kommunikationsfluss zwischen diesen einzelnen Teilen erscheint mühsam und vielfach behindert. Insofern arbeiten sie tendenziell „selbstreferentiell“, d.h. sie beschäftigen sich mehr mit sich selbst und nehmen weniger an relevanten Entwicklungen in anderen Institutionen zur Kenntnis, als vielen Beteiligten wünschenswert schiene.

Zweitens weist das vietnamesische Modell der „kollektiven Führung“ traditionell einen bemerkenswert hohen Grad an interner Abstimmung, an Konsultationen und Mitbestim-

mung innerhalb „des Apparates“ auf. Das westliche Vorurteil, in diesem „stabilen sozialistischen Land“ könne vermutlich relativ bruchlos von oben nach unten „durchregiert“ werden, wird der vietnamesischen Tradition deshalb nicht gerecht. Vietnam ist in seiner Geschichte mit seinem kollektiven Führungsstil inklusive seiner Präferenz für eine nur schrittweise und versuchsweise Konkretisierung komplexer Politiken verhältnismäßig gut gefahren.

Dabei wurden den traditionell wichtigsten Gruppen in der Gesellschaft nicht nur vergleichsweise starke Organisationsformen gegeben sondern zudem auch klar geregelte und wirkmächtige Wege der Einflussnahme auf die Politik. Im Gegenzug hatten Staats- und Parteiführung, vermittelt über die sog. „Massenorganisationen“, die längste Zeit offensichtlich recht gut funktionierende Antennen zu den Stimmungen und Bedürfnissen dieser gesellschaftlichen Gruppen.

Die Reformen der vergangenen Jahre zielten insbesondere auf Effizienzsteigerungen einerseits und auf die gezielte Eingrenzung ausgewählter Gruppen und Strömungen andererseits. Zudem fielen in der jüngeren Vergangenheit zahlreiche tradierte Denk- und Diskussionsblockaden weg und die politischen Institutionen und Akteure begannen aktiv nach neuen Antworten für die Probleme des neuen Vietnams zu suchen. Internationale Reformanstrengungen und Politikerfahrungen wurden und werden gezielt abgefragt und, wo möglich, systematisch durchleuchtet. Viele, wenn nicht alle Institutionen, wollen inzwischen jeweils für sich besser und zukunftsfähiger werden. Allein der Austausch hierüber mit der Fach- und Außenwelt wird generell als immer noch überaus schwierig und problematisch angesehen.

Diese Entwicklungen verblieben aber typischerweise innerhalb der Grenzen der einzelnen Institutionen. Ein Austausch zwischen ihnen wird weiterhin als recht schwierig empfunden. Zudem finden diese Debatten generell nur unter eingeschränkter Öffentlichkeit statt. Zwar darf die Medienberichterstattung zu einer ganzen Reihe von Themen durchaus als kritisch bezeichnet werden. Gleichzeitig aber bleiben die Medien weiterhin unter staatlicher Kontrolle

### **Zweifel an der Orientierung und Handlungsfähigkeit der Politik**

Seit das Wesen und Ausmaß der aktuellen Krise sichtbar werden, gab es viele Kommentare aus dem Kreise internationaler Beobachter und Analysten. Dabei waren diese oft recht schnell in der Formulierung von Lösungen und Patentrezepten. Auch wurde mehrfach Kritik geübt an der Geschwindigkeit, dem Timing, der „Halbherzigkeit“ sowie der mangelnden strategischen Konsistenz der ergriffenen Gegenmaßnahmen. Demnach sind die bisherigen Lösungsansätze zur Überwindung der Krise teilweise widersprüchlich und wenig auf einander abgestimmt. Oder, um es plakativer auszudrücken: Die richtigen Hebel zur Regulierung sind zwar bekannt, werden aber ohne Abstimmung und ohne Zwischenstufen von der einen Richtung zur anderen korrigiert.

Dennoch gibt es keinen Zweifel, dass es in Vietnam zahlreiche und gut ausgebildete Experten gibt, die die wirtschaftliche Dynamik und soziale Brisanz der aktuellen Entwicklung erkennen. Inwieweit diese Experten in einem in sich geschlossenen System aber Gehör finden und über Institutsgrenzen hinweg ihre Einsichten und Konzepte vergleichen und bündeln können, ist noch unklar. Vereinzelt aber scheinen sie nur unzureichende Mitwirkungsmöglichkeiten zu haben. Es ist einsichtig, dass dies die Suche nach einer konsolidierten, angepassten Lösungsstrategie erschwert und verlangsamt. Die nächsten Wochen und Monate müssen deshalb u. a. zeigen, wie stark alte und neue Partikularinteressen wirken und wie gut sich neue Lösungskonzepte durchsetzen können, die voraussichtlich von verschiedenen Institutionen gemeinsam getragen werden müssten.

### **Klärungen noch vor Jahresende**

Vietnams stürmische Entwicklung der vergangenen Jahre hat eine große Welle der Zustimmung, des Vertrauens und der positiven Zukunftserwartung im Lande und jenseits seiner Grenzen ausgelöst – und wurde stets auch umgekehrt von dieser getragen. Auch wenn dieses Image inzwischen einige Kratzer bekommen hat, so trägt es doch wohl immer noch und unter bestimmten Bedingungen vermutlich auch noch eine ganze Weile. Internationale Investoren, Handelspartner und die eigene Bevölkerung warten wohl auch weiter-

hin auf Zeichen zu einer „Wende zum Positiven“ – aber gewiss warten sie nicht ewig.

Faktisch bedeutet dies, dass mit einigen „richtigen“ und möglichst symbolkräftigen Entscheidungen und Strategieformulierungen die psychologisch wichtige Frage der „Zukunftsaussichten“ vermutlich wieder positiver beurteilt werden würde. Die bisherigen Erfahrungen legen die Vermutung nahe, dass es Vietnam gelingen wird, dieses Kunststück zu vollbringen. Schließlich wurden – wie sich manche erinnern – in Vietnam immer dann die weitreichendsten politischen Entscheidungen getroffen, wenn das Land mit dem Rücken zur Wand stand.

Versucht man nun, im veröffentlichten politischen Diskurs der letzten Wochen einige Signale und Weichenstellungen zu finden, so fällt folgendes auf: Erstens wurde in der Nationalversammlung nach intensiver Debatte Abschied genommen vom Primat eines hohen Wirtschaftswachstums. Die Akzeptanz einer in den nächsten Jahren niedrigeren Wachstumsrate muss manchem konservativen Denker schwer gefallen sein und ist faktisch eine Umorientierung auf den Primat der Inflationsbekämpfung. Zweites ist auffällig, dass die Berichterstattung in den staatlichen Medien bislang vor allem die wirtschaftlichen und fiskalpolitischen Probleme heraus streicht und die soziale Dimension bislang weniger thematisiert wird. Umgekehrt aber deuten Zahl und Qualität der Streiks, die kurzfristig aufflackernde, spekulative Verdreifachung des Reispreises innerhalb einer Woche sowie der aufkeimende Schwarzmarkt für US-Dollar und Euro darauf hin, wie groß die Unruhe und Nervosität in der Bevölkerung sind. Vor diesem Hintergrund erzielte, drittens, der um innere Sicherheit, Stabilität und beherrschbare Verhältnisse besorgte „konservative Flügel“ einen Punkteerfolg. Insbesondere die Verhaftung zweier Journalisten wegen „Amtsmissbrauchs“ im letzten Monat, die den bisher bekanntesten (vermeintlichen?) Korruptionsskandal „PMU 18“ aufgedeckt hatten, wurde innerhalb der

Medienlandschaft und der Bevölkerung stark diskutiert und wohl auch als klares Signal verstanden.

Abschließend bleibt darauf hinzuweisen, dass in dieser Gemengelage den beiden nächsten Plena des Zentralkomitees große Bedeutung zukommen wird, die für Juli und Dezember angesetzt sind. Diese Plena stellen traditionell die höchste Ebene für Grundsatz- und Richtungsentscheidungen zwischen Parteitag dar.

Sollten im Gegensatz zur Tradition der „kollektiven Führung“ bei diesen Gelegenheiten tatsächlich einige sprichwörtliche „Köpfe rollen“, so dürften daraus sicherlich belastbare Rückschlüsse für den weiteren Kurs der Erneuerung und Reform zu ziehen sein.

Ebenso wichtig wird sein, ob die Partei die doppelte Strategie der Öffnung einerseits und des Rückzugs aus der Tagespolitik andererseits fortschreibt und Massenorganisationen und staatlichen Institutionen größere Handlungsautonomien überträgt.

Diese beiden Plena werden auf jeden Fall noch vor Jahresende Klärungen zum weiteren Weg Vietnams und zum Umgang mit den gegenwärtigen wirtschaftlichen Problemen liefern. Entweder werden hier klare Richtungsentscheidungen getroffen oder „business as usual“ zelebriert – aber in jedem Fall dürfte ihr Verlauf Signalwirkung haben.

Wichtig für die Bewältigung dieser und der nächsten Krisen wird aber auch sein, wie umfassend und schnell es gelingt, die im Lande vorhandene Expertise abzurufen und sich aus der Falle der Selbstreferenzialität zu befreien. Wenn es gelingt, diese Expertise über Institutionengrenzen hinweg und ohne akute Sorgen um politische Opportunitäten insgesamt zu mobilisieren, dann dürften recht bald auch wieder die gewohnten positiven Signale aus Vietnam erwartet werden können.

Ansprechpartnerinnen:

Dr. Beate Bartoldus, Tel.: 0228-883-516, E-Mail: [Beate.Bartoldus@fes.de](mailto:Beate.Bartoldus@fes.de) (verantwortlich)

Ulrike Ehnes, Tel.: 0228-883-508, E-Mail: [Ulrike.Ehnes@fes.de](mailto:Ulrike.Ehnes@fes.de)

Friedrich-Ebert-Stiftung, Internationale Entwicklungszusammenarbeit, Referat Asien und Pazifik

Godesberger Allee 149, 53175 Bonn, Fax: 0228-883-575

Die Kurzberichte sowie Informationen zur Arbeit der FES in Asien finden Sie unter: [www.fes.de/asien](http://www.fes.de/asien).